

# Liberalisierung und Regulierung – die Entwicklung des Postsektors in Deutschland und Europa

**ver.di-Fachkonferenz „Liberalisierung, Regulierung, Beschäftigung -  
Weichenstellungen im europäischen Postsektor“**

**02.04.2009 in Stuttgart**

Claus Zanker / Michael Schwemmle

Input Consulting GmbH  
Theodor-Heuss-Straße 2  
70174 Stuttgart  
(0711) 2 62 40 80  
[www.input-consulting.com](http://www.input-consulting.com)

# 1. These

Der Postsektor gehört zu den Bereichen, die in starkem Maße von der gemeinschaftlichen Politik der Europäischen Union bestimmt werden.

Mit den Richtlinien der EU wird eine Harmonisierung der Dienstleistungsqualität sowie der wettbewerblichen und regulatorischen Rahmenbedingungen der Postdienste in den Mitgliedstaaten angestrebt.

Ziel ist die Schaffung eines einheitlichen Binnenmarktes für Postdienstleistungen durch die Aufhebung von Wettbewerbsbeschränkungen („Liberalisierung“) und die Verbesserung der Dienstqualität („Universaldienst“).

# Einschränkung des Brief-Monopols erfolgt in 4 Etappen

- Soweit es für die Aufrechterhaltung des Universaldienstes notwendig ist, kann jeder Mitgliedstaat folgende Dienste für den Anbieter von Universaldienstleistungen reservieren:
  - ① 1998/1999: Inlandsbriefsendungen, mit einem Gewicht von weniger als 350 g und zu einem Preis unter dem 5-fachen Basistarif (1. PostdiensteRL 97/67/EG)
  - ② ab 1. Januar 2003: Briefsendungen bis 100 g und 3-fachen Basistarif
  - ③ Ab 1. Januar 2006: Briefsendungen bis 50 g und 2,5-fachen Basistarif (2. PostdiensteRL 2002/39/EG)
  
- Abschaffung reservierter Bereiche (3. PostdiensteRL 2008/6/EG)
  - ④ Ab 1. Januar 2011: „Die Mitgliedstaaten gewähren für die Einrichtung und die Erbringung von Postdiensten keine ausschließlichen oder besonderen Rechte mehr und erhalten diese auch nicht mehr aufrecht“
  - ④ Übergangsfristen für 11 Mitgliedstaaten bis 2013 möglich

# Definition und Qualitätsvorgaben der EU zum Post-Universaldienst

- Verpflichtung der Mitgliedstaaten zur Sicherstellung eines Post-Universaldienstes (Art. 3 RL 97/67/EG geändert durch RL 2008/6/EG)
  - ➔ “Die Mitgliedstaaten stellen sicher, dass den Nutzern ein Universaldienst zur Verfügung steht, der ständig flächendeckend postalische Dienstleistungen einer bestimmten Qualität zu tragbaren Preisen für alle Nutzer bietet.”
- Qualitative Vorgaben der EU-Richtlinie
  - ➔ zur Dichte des Postfilialnetz / Einlieferungsmöglichkeiten

Zur Sicherstellung des Universaldienstes “sorgen die Mitgliedstaaten dafür, dass die Dichte der Abhol- und Zugangspunkte den **Bedürfnissen der Nutzer entspricht**”.

# Mindestanforderungen der EU an den Post-Universaldienst

## ■ Quantitative Mindestvorgaben der EU-Richtlinien

- zum Umfang des Universaldienstangebots:  
“Jeder Mitgliedstaat erlässt die erforderlichen Maßnahmen, damit der Universaldienst mindestens folgendes Angebot umfasst: Abholung, Sortieren, Transport und Zustellung von
- **Postsendungen<sup>\*)</sup> bis 2 kg;**
  - **Postpaketen bis 10 kg;**
  - **Dienste für Einschreib- und Wertsendungen”**

\*) Postsendungen sind adressierte Briefsendungen, Bücher, Kataloge, Zeitungen und Zeitschriften sowie Postpakete, die Waren mit oder ohne Handelswert enthalten

- zur Häufigkeit der Universaldienstleistung:  
“Die Mitgliedstaaten unternehmen Schritte, um zu gewährleisten, dass der **Universaldienst an mindestens fünf Arbeitstagen pro Woche gewährleistet** ist ... und dass dieser Dienst mindestens folgendes umfasst: eine *Abholung*; eine *Hauszustellung*...”

- zur Laufzeit von Briefsendungen zwischen den Mitgliedstaaten:  
E+3 für 85% und E+5 für 97% der grenzüberschreitenden innergemeinschaftlichen Briefsendungen

## 2. These

Trotz der weitreichenden Vereinheitlichungsbestrebungen erfolgt die Ausgestaltung der EU-Vorgaben in den einzelnen Mitgliedstaaten - dem Subsidiaritätsprinzip folgend - sehr unterschiedlich.

Dies führt zu ungleichen Rahmenbedingungen, unter denen die traditionellen Postunternehmen, aber auch die neuen Anbieter, auf den jeweiligen Märkten agieren können.

Von einem europäischen Gleichklang bei der Liberalisierung und Regulierung der Postdienste in der EU kann bis dato nicht gesprochen werden.

# Unterschiedliche Liberalisierungsgeschwindigkeiten

- Vorzeitige bzw. umfangreichere Liberalisierung des Briefmarktes in 6 Mitgliedstaaten
  - ➔ Komplette Marktöffnung in: **Schweden** (1993), **Finnland** (1994), **Großbritannien** (2006), **Deutschland** (2008), **Niederlande** (April 2009)
  - ➔ Umfangreiche Marktöffnung: Vollständige Liberalisierung des innerstädtischen Briefverkehrs in **Spanien** (seit 1964)
- 11 Mitgliedstaaten können von der Möglichkeit einer späteren Marktöffnung ab 2013 Gebrauch machen
  - ➔ Griechenland, Lettland, Litauen, Luxemburg, Malta, Polen Ungarn, Rumänien, Slowenien, Tschechische Republik, Zypern

# Marktöffnung allein führt allerdings nicht zwangsläufig zu mehr Wettbewerb

## Beispiel Finnland:

Komplette Marktöffnung, hohe Anforderungen an den Marktzutritt neuer Anbieter, kein Wettbewerb

## Beispiel Niederlande:

Umfassende Marktöffnung, geringe Anforderungen an den Marktzutritt neuer Anbieter, vergleichsweise hohe Wettbewerbsintensität

Liberalisierung und Wettbewerb am Beispiel ausgewählter EU-Mitgliedstaaten (Stand: 2007)			
Land	Marktöffnung	Anforderungen an neue Anbieter beim Marktzutritt	Marktanteile neuer Anbieter im regulierten Bereich
<b>Finnland</b>	Vollständige Marktöffnung	• • •	<2%
<b>Schweden</b>	Vollständige Marktöffnung	• •	ca. 9%
<b>Großbritannien</b>	Vollständige Marktöffnung	• •	3%*
<b>Deutschland</b>	> 50 g + höherwertige Dienstleistungen	•	ca. 10%
<b>Niederlande</b>	> 50 g + Direktwerbung	•	ca. 14%
<b>Spanien</b>	> 50 g + vollständige Marktöffnung innerstädtischer Post	• •	ca. 12%
<b>Österreich</b>	> 50 g	• •	< 2%
<b>Frankreich</b>	> 50 g	• •	< 2%
<b>Italien</b>	> 50 g	• • •	2%-6%
<b>Polen</b>	> 50 g	• •	<2%
<b>Ungarn</b>	> 50 g	• • •	<2%
*) Marktanteil Wettbewerber durch Netzzugang 20%		• geringe Anforderungen • • mittlere Anforderungen • • • hohe Anforderungen	
Quelle: Input Consulting (2006a), Ecorys 2008			

# Der Wettbewerb wird zudem durch die Marktzutrittsbedingungen bestimmt

- Hohe Anforderungen
  - Hohe einmalige oder laufende Lizenzgebühren, Abdeckung von ländlichen Bereichen („Play-or-Pay“), Vorgaben zur Zustellqualität
  - *BE, FI, IE, IT, PT, HU, LT*
- Mittlere Anforderungen
  - z.B. Vorlage von Business-, Finanz-, Investitionsplänen, Nachweis finanzieller Sicherheiten, Vorgaben zur Rekrutierung und Ausbildung von Personal, Installierung eines Beschwerdemanagements, Möglichkeit der Verpflichtung zur Universaldienstleistung
  - *FR, UK, AT, PL, SE, ES, SK*
- Niedrige Anforderungen
  - Geringe oder keine Lizenzgebühren, nur allgemeine Anforderungen an Zuverlässigkeit und Leistungsfähigkeit
  - *CZ, DK, NL, DE*

# In einigen Ländern bestehen weitere Barrieren, die Wettbewerb erschweren

- Weitere Markteintrittsbarrieren
  - alleinige „Schlüsselgewalt“ für Empfängerbriefkästen (*FR, AT, PL*),
  - Nicht-Existenz eines Postleitzahlensystems (*IE*),
  - staatliche Subventionen an den Incumbent für die Zustellung von Zeitungen (*BE, DK*)
  - Mehrwertsteuerbefreiung des Universaldiensteanbieters
  - Wirtschaftliche Barrieren wie hohe Kosten für Netzaufbau und hohe Anlaufverluste

# Unterschiedliche Anforderungen an Erbringung des Universaldienstes

Umfang Universaldienst		
-	Mindestvorgaben EU	+
z.B. keine Pressepost	Postsendung 2 kg Paketsendungen 10 kg Einschreiben/Wertsendungen	z.B. Post-Zahlungsanweisungen, Blindensendungen, Nachnahme
CZ, LT, SK, FI, UK, IT, NL, PL	BE, FR, IE, PT	AT, <b>DE</b> , DK, HU, ES, PL, SE

Zustellhäufigkeit		
Verpflichtend 5-Tage	De-facto 6-Tage	Verpflichtend 6-Tage
AT, BE, CZ, FI, HU, IE, PL, PT, SE, SK	IT, ES	<b>DE</b> , DK, FR, NL, UK

Dichte Filialnetz		
Vorgaben niedrig	Vorgaben mittel	Vorgaben hoch
Keine konkreten Vorgaben, keine Einflussmöglichkeiten der Reg.behörde / Kommunen	Vergleichsweise großzügige (Entfernungs-)Kriterien, wenig Einflussmöglichkeiten der Reg.behörde / Kommunen	z.B. detaillierte Vorgaben zur Anzahl und Verteilung der Filialen, umfassende Beteiligungsrechte von Reg.behörde/Kommunen
IT, IE, ES	UK, DK, FI, CZ, SK	AT, BE, <b>DE</b> , FR, HU, LT, NL, PL, PT, SE

# 3. These

Die komplette Öffnung der europäischen Postmärkte wird die bisher mit Monopolrechten ausgestatteten, meist noch öffentlichen Postunternehmen („Incumbents“) unter Druck setzen, sich wettbewerbsfähiger aufzustellen. Privatisierung galt lange als Königsweg zu mehr Effizienz und Konkurrenzfähigkeit, die Deutsche Post vielfach als Modell.

Diese Sichtweise ist - zumal in der Krise - nur noch begrenzt konsensfähig. Trotz der Liberalisierung der Märkte spricht deshalb vieles gegen die Annahme, eine Privatisierungswelle unter den Postgesellschaften in Europa stehe bevor. Als alternative Option könnte die Modernisierung und Konsolidierung der Incumbents als öffentliche Unternehmen an Bedeutung gewinnen.

# Privatisierung und Liberalisierung

- Die Gemeinsamkeit: Privatisierung und Liberalisierung sind Kernelemente des neoliberalen Theorems von der Überlegenheit der Märkte und der Nachrangigkeit staatlicher Aktivitäten in der Wirtschaft. Gleichwohl sind Privatisierung und Liberalisierung sorgfältig zu unterscheiden - und doch miteinander verknüpft.
- Die Unterscheidung: Privatisierung - im engeren Sinne: die Veräußerung staatlicher Unternehmen an private Investoren - hat zunächst nichts mit Liberalisierung zu tun. Liberalisierung meint „nur“ die Einführung oder Ausweitung von Wettbewerb auf bislang durch (Teil-) Monopole geprägten Märkten.
- Die Verknüpfung: Prinzipiell kann ein rein staatliches Unternehmen auf liberalisierten Märkten mit Privaten konkurrieren - faktisch erhöht die Wettbewerbsöffnung jedoch den Privatisierungsdruck.

# Mehr Wettbewerbsfähigkeit durch Privatisierung? Argumente ...

- Erhöhung der internationalen Expansions- und Anschlussfähigkeit
- Verbesserung der Kapitalausstattung, u.a. durch
  - ➔ Börsengänge
  - ➔ Einstieg von (Finanz-) Investoren
- Erschließung von Management-Know-How
- Steigerung der Effizienz, u.a. durch
  - ➔ „wettbewerbsfähige“ Beschäftigungsbedingungen
  - ➔ „Verschlankung“
  - ➔ privatwirtschaftliche Unternehmensstrukturen und -prozesse

# Privatisierung im EU-Postsektor: Die Ausnahme, längst nicht die Regel

- Die Annahme, der frühen Privatisierung der Postunternehmen in Deutschland und den Niederlanden würden viele andere folgen, hat sich nicht bestätigt.
- In der EU ist die Privatisierung der Post bislang nur in 6 von 27 Mitgliedstaaten realisiert:
  - ➔ komplett in Malta und den Niederlanden (je 100%)
  - ➔ mehrheitlich in Deutschland (69%)
  - ➔ minderheitlich in Belgien (50% minus eine Aktie), Dänemark (25%) und Österreich (49%)
- In Dänemark kauft der Staat 22% des Aktienbestands vom Finanzinvestor CVC zurück, um einen Merger mit der staatlichen schwedischen Posten AB zu ermöglichen.
- In anderen EU-Mitgliedstaaten sind Privatisierungspläne für die Post derzeit gecancelt (F) oder heftigst umstritten (UK).



# Eine Privatisierungswelle nach der Liberalisierung 2011? Eher nicht ...

- Trotz des erhöhten Wettbewerbsdrucks im Gefolge der Marktöffnung ist eine Privatisierungswelle im europäischen Postsektor derzeit eher unwahrscheinlich. Gründe sprechen:

- fehlende Vorgaben

- ein kri...

**„Die Idee ... noch mehr öffentliche Dienste und Institutionen an private Firmen zu übergeben, ist einfach bizarr. In Großbritannien ist Privatisierung zum Synonym für Pfusch, betrügerische Absprachen und halsabschneiderische Kosten geworden.“ (Guardian vom 18.12.2008 zu den Privatisierungsplänen für Royal Mail)**

# Eine Privatisierungswelle nach der Liberalisierung 2011? Eher nicht ...

- Trotz des erhöhten Wettbewerbsdrucks im Gefolge der Marktöffnung ist eine Privatisierungswelle im europäischen Postsektor derzeit eher unwahrscheinlich. Gegen eine solche sprechen:
  - fehlende Vorgaben der EU-Instanzen
  - ein krisenbedingt wohl auf Jahre „eingetrübtes“ Börsenumfeld
  - die begrenzte Attraktivität des Sektors für renditesuchendes Kapital
  - gestiegene ideologische Vorbehalte in Öffentlichkeit und Politik nach dem Bankrott des Neoliberalismus
  - gemischte Erfolgsbilanzen bereits realisierter Privatisierungen - im Postsektor und anderswo
- Wenn der „Ausweg Privatisierung“ versperrt bleiben sollte: Welche alternativen Optionen bieten sich den unter Wettbewerbsdruck stehenden Incumbents dann?

# Drei denkbare Optionen für Incumbents unter Wettbewerbsdruck ...

- Effizienzsteigerung - vor allem durch
  - ➔ Einschränkung bzw. Verteuerung kostenträchtiger (Universal-)Dienstleistungen
  - ➔ Personalabbau, Verschlechterung von Arbeitsbedingungen - eine für öffentliche Unternehmen nur eingeschränkt mögliche Variante
- Begrenzung des Konkurrenzdrucks durch
  - ➔ regulatorische „Widerspenstigkeit“ (z.B. in puncto Netzzugang)
  - ➔ Durchsetzung „wettbewerbsdämpfender“ Maßnahmen (z.B. Mindestlöhne)
- Entwicklung eines neuen Modells der Reorganisation und Modernisierung ohne Privatisierung, ggf. auch der transnationalen Kooperation und Konsolidierung: Posten AB / Post Danmark als Testlauf?

# 4. These

Die von der Liberalisierung des Briefmarktes erhofften positiven Effekte auf Preise, Dienstleistungsqualität und Beschäftigung werden sich nach aller Erfahrung nicht erfüllen.

Vor allem in Ländern, in denen die Märkte bereits weitgehend oder vollständig geöffnet sind, muss ein Rückgang der Beschäftigung im Postsektor, eine Verschlechterung der Arbeitsbedingungen und eine in Teilen sich negativ entwickelnde Dienstleistungsqualität - insbesondere für Privatkunden und KMU - konstatiert werden.

# Die erwarteten Vorteile der Liberalisierung...

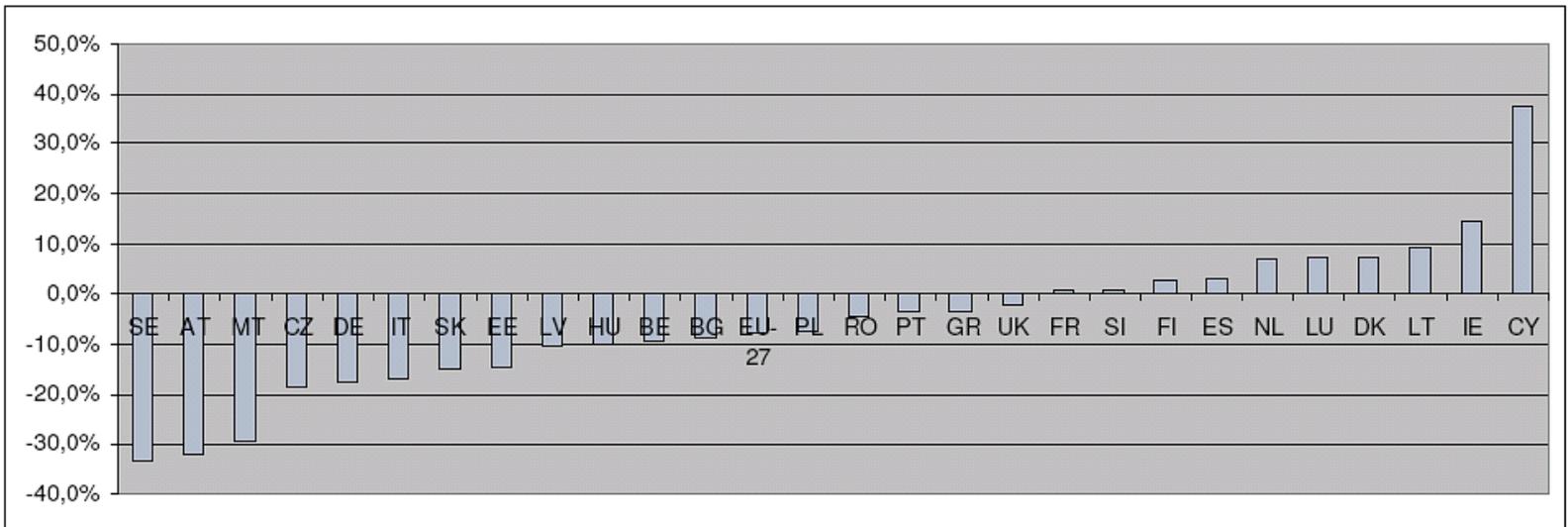
- „Eine vollständige Marktöffnung wird zur Erweiterung des Gesamtumfangs der Postmärkte beitragen: Sie wird auch die **Erhaltung dauerhafter und qualifizierter Arbeitsplätze bei den Universaldiensteanbietern und die Schaffung neuer Arbeitsplätze** bei anderen Betreibern, neuen Marktteilnehmern sowie in den Wirtschaftszweigen im Umfeld des Postsektors erleichtern.“  
(EU-Postdiensterrichtlinie 97/67EG, Erwägungsgrund 16)
- „Die Marktöffnung und die Einführung des Wettbewerbs sind die Schlüsselinstrumente für die Schaffung von Arbeitsplätzen und ein **besseres Dienstleistungsangebot für die Kunden.**“  
(Europäische Kommission: Bericht über die Anwendung der Postrichtlinie, 22.12.2008)

# ...werden sich aller Erfahrung nach (v.a. für Privatkunden) nicht erfüllen

- „Die Österreichische Post **schließt 300 defizitäre Postämter** ihrer insgesamt 1300 Filialen und **wappnet sich damit für die vollständige Öffnung des Briefmarktes ab 2011**. Die 300 Ämter sollen durch 450 Post-Partner ersetzt werden. Seit dem Jahr 2000 hat die mehrheitlich im Staatsbesitz stehende Österreichische Post bereits über 900 Ämter zugesperrt.“  
*(Reuters, 5.3.2009)*
- „Ich glaube nicht an **sinkende Preise für Privatkunden**, denn die Wettbewerber werden sich um die großen Geschäftskunden kümmern. Die Preis dürften eher steigen, insbesondere wenn die Mehrwertsteuer kommt.“  
*(Ex-Vorstandsvorsitzender der DPAG, Klaus Zumwinkel, in: Stern vom 22.3.2007)*
- „Für kleine Unternehmen und Privatkunden hat die **Liberalisierung keinen bedeutenden Nutzen** gebracht.“  
*(Bericht an die britische Regierung „The challenges and opportunities facing UK postal services. An initial response to evidence“, Mai 2008)*

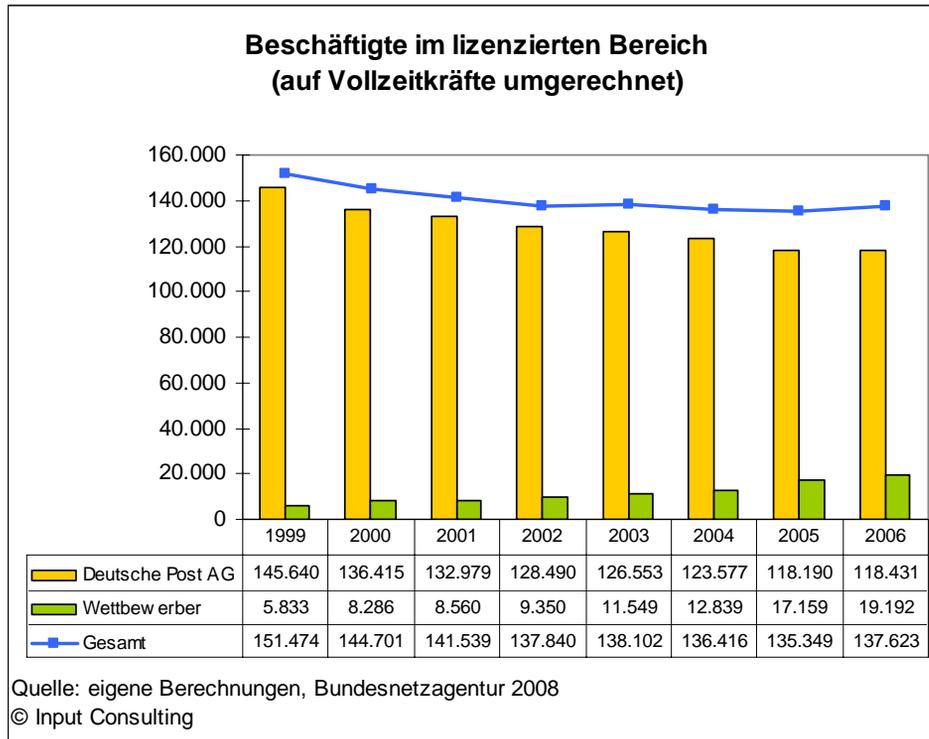
# Beschäftigungsrückgang bei den Postunternehmen in der EU

## Veränderung der Anzahl der Beschäftigten bei nationalen Postunternehmen in der EU 1997 – 2006 (in %)



Quelle: Ecorys: Main Developments in the Postal Sector 2006-2008, S. 202

# Deutschland: quantitative und qualitative Arbeitsplatzentwicklung ist negativ



- Beschäftigungsvolumen im Briefmarkt von 1999 – 2006 um ca. 9% gesunken
- Lizenznehmer haben v.a. geringfügige Beschäftigungsverhältnisse geschaffen. Anteil der Minijobs bei neuen Anbieter: 51% in 2006 (DPAG: 2,4%).
- Durchschnittliche Einkommen bei den neuen Anbietern lagen vor Einführung des Post-Mindestlohns 60% unterhalb der Vergleichsvergütungen bei der DPAG und waren selbst bei einer Vollzeitbeschäftigung nicht existenzsichernd.
- Gewerkschaftliche Interessenvertretung und betriebliche Mitbestimmung finden bei neuen Anbietern faktisch nicht statt.

# 5. These

Um zu verhindern, dass sich die negativen Auswirkungen auf Beschäftigung und Dienstleistungsqualität mit der vollständigen Öffnung der Märkte verschärfen, müssen die in der dritten Postdiensterichtlinie vorgesehenen regulatorischen Instrumente zur sozialen Flankierung des Wettbewerbs und zur Finanzierung eines qualitativ hochwertigen Universaldienstes bei der nationalen Umsetzung in den Mitgliedstaaten offensiv zur Anwendung gebracht werden.

Bei einer Verschlechterung der Universaldienstqualität und einem Preisunterbietungswettbewerb, der prekäre Beschäftigungsbedingungen fördert, würde der Liberalisierungszweck in sein Gegenteil verkehrt.

# Soziale Flankierung zur Verhinderung von Lohndumping

- „Sozialen Überlegungen sollte bei der Vorbereitung der Öffnung des Postmarktes gebührend Rechnung getragen werden“ (EU-Postdiensterrichtlinie 2008/6/EG, Erwägungsgrund 16)
- Für diesen Zweck sind allgemeinverbindliche Mindestlöhne und soziale Lizenzauflagen geeignet
  - ➔ Die Bewilligung einer Lizenz für Briefdienstleistungen „kann gegebenenfalls von den in den nationalen Rechtsvorschriften festgelegten Arbeitsbedingungen abhängig gemacht werden oder eine Verpflichtung zu deren Einhaltung auferlegen“ (Art. 9, EU-Richtlinie 2008/6/EC).
  - ➔ „Grundanforderung“ für die Erbringung von Postdiensten ist u.a. „die Beachtung von Beschäftigungsbedingungen und Systemen der sozialen Sicherheit, die gemäß den gemeinschaftlichen und nationalen Rechtsvorschriften durch Rechts- oder Verwaltungsvorschriften und/oder Tarifverträge, die zwischen den nationalen Sozialpartnern ausgehandelt wurden“ (Art. 2 Nr. 19 EU-Richtlinie 2008/6/EC).

# Eine gute Universaldienstversorgung muss gewährleistet...

- Wegfall des reservierten Bereichs als Finanzierungsgrundlage des Post-Universaldienst übt großen wirtschaftlichen Druck auf Umfang und Qualität seiner Erbringung auf.
- „Um sicherzustellen, dass die Öffnung des Marktes auch weiterhin allen Nutzern zugute kommt, insbesondere den Verbrauchern sowie kleinen und mittleren Unternehmen, sollten die Mitgliedstaaten die Marktentwicklungen beobachten und überwachen. Sie sollten geeignete Regulierungsmaßnahmen treffen, die im Rahmen der Richtlinie 97/67/EG zur Verfügung stehen, um sicherzustellen, dass die Zugänglichkeit der Postdienste auch weiterhin den Anforderungen der Nutzer entspricht.“  
(EU-Postdienenrichtlinie 2008/6/EG, Erwägungsgrund 16)

# ...und ausreichend finanziert sein

- Alternative 1: Die Kosten des Post-Universaldienstes werden so weit reduziert, dass das Problem seiner Finanzierung nicht oder nur in begrenztem Umfang auftritt
  - ➔ Reduzierung der Anzahl der Zustelltage
  - ➔ Senkung der Kosten des Postschalernetzes durch Auslagerung
  - ➔ Flexibilisierung der Kosten des Postnetzwerks durch mengenabhängige Anpassung des Personaleinsatzes
  - ⊖ Erhöht Rationalisierungsdruck auf Universaldiensteanbieter
- Alternative 2: Definition eines den Benutzerbedürfnissen entsprechenden, qualitativ hochwertigen Post-Universaldienstes und Finanzierung seiner Kosten aus öffentlichen Mitteln oder Ausgleichsfonds, sofern erforderlich.
  - ⊖ Entspricht staatlichem Gewährleistungsauftrag gemäß Art. 87f GG
  - ⊖ Reduziert Kostendruck beim Universaldiensteanbieter
  - ⊖ Verbessert Dienstleistungsqualität nach vorgegebenen Kriterien

# Zusammenfassung

- Vor der Aufhebung der Monopole ab 2011 zeigen sich die europäischen Postmärkte in einem fragmentierten Zustand: Die Marktöffnung ist de facto sehr unterschiedlich ausgestaltet, von einem Gleichklang kann nicht die Rede sein.
- Die großen Spannungsfelder des europäischen Liberalisierungsprojekts sind nach wie vor ungelöst:
  - ➔ Sicherung und Finanzierung eines hochwertigen Universaldienstes ohne reservierte Bereiche
  - ➔ wirksame Verhinderung einer Dumpingkonkurrenz bei den Beschäftigungsbedingungen
  - ➔ Anpassung der Ex-Monopolisten an ein wettbewerbliches Umfeld - ohne den „Ausweg Privatisierung“
- Die Konflikte um die politische Gestaltung des europäischen Postsektors sind mit der 3. Postdiensterrichtlinie nicht beendet, sondern dürften nun - vor allem auf nationaler Ebene - intensiver und konkreter werden.

# Back-up: Problemzonen einer Privatisierung von Postunternehmen

- Gewünschter Wandel der „genetischen Disposition“ des Unternehmens: Rendite statt Gemeinwohl als Maxime
- Unumgängliches Spannungsverhältnis zwischen gesellschaftlichen Bedürfnissen (gute Postversorgung, hoher Beschäftigungsstand) und Aktionärsinteressen (maximale Verzinsung des eingesetzten Kapitals)
- Zwingende Notwendigkeit der vorrangigen „Bedienung“ der Shareholder (Dividende) - im Zweifel zu Lasten von Investitionen und anderen Zukunftsaufgaben
- Geforderte Effizienzsteigerung - auch durch
  - ➔ Einschränkung bzw. Verteuerung kostenträchtiger (Universal-)Dienstleistungen
  - ➔ Personalabbau, Verschlechterung von Arbeitsbedingungen

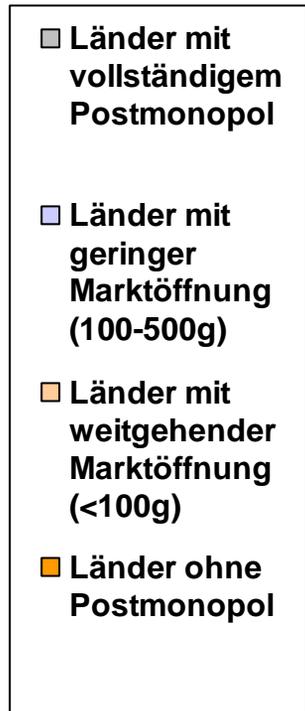
# Back-up: Privatisierungen im Postsektor - eine gemischte Bilanz

- Die privatisierten Unternehmen haben ihre internationale Präsenz stark ausgebaut, verzeichnen hier jedoch erhebliche Probleme (Bsp. Deutsche Post in USA ).
- Das Management der privatisierten Unternehmen ist in den Genuss kräftiger Einkommenssteigerungen gekommen.
- Die Beschäftigten der privatisierten Unternehmen stehen unter deutlich stärkerem Druck - die Unternehmen bauen Arbeitsplätze ab und versuchen, die Arbeitsbedingungen zu flexibilisieren und die Einkommen abzusenken.
- Die Kunden der privatisierten Unternehmen sehen sich einerseits mit einem „Rückzug aus der Fläche“ konfrontiert; andererseits profitieren vor allem Geschäftskunden von Rabatten und maßgeschneiderten Angeboten.

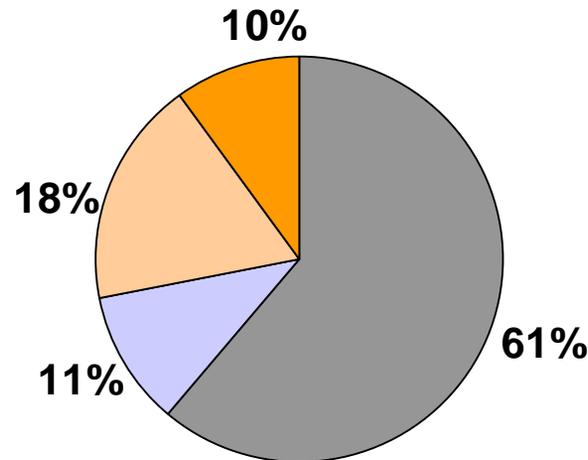
# Back-up: Privatisierungen im Postsektor - das Beispiel Deutsche Post

- Börsengang Deutsche Post im Jahr 2000 - im Jahr 2008 waren noch 30,5% der Anteile im staatlichen Besitz.
- Die Privatisierung erfolgte unter den relativ günstigen Bedingungen eines partiellen Monopolschutzes - dies dürfte für künftige Privatisierungen zumindest in der EU nicht mehr gegeben sein!
- Veränderung von Unternehmenskennzahlen 2000 / 2008:
  - ➔ Umsatz: 32,7 Mrd. € / 54,5 Mrd. €
  - ➔ Auslandsanteil am Umsatz: 29,2 % / 69,2%
  - ➔ Eigenkapital: 4,0 Mrd. € / 9,9 Mrd. €
  - ➔ Marktkapitalisierung: 11,1 Mrd. € (2002) / 14,4 Mrd. €
  - ➔ Beschäftigung im Inland (Vollzeitkräfte): 227.092 / 167.816

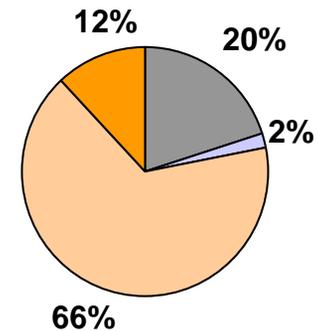
# Back-up: Die Liberalisierung der Postmärkte – ein weltweiter Trend?



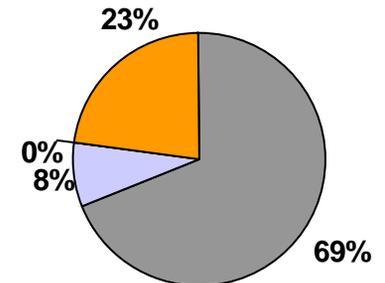
**Weltweit (157 Länder)**



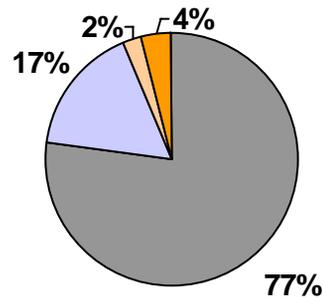
**Europa (41)**



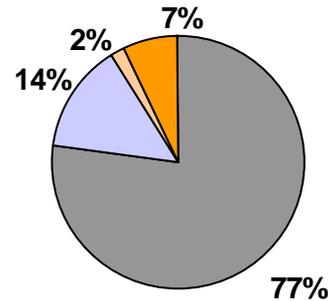
**Amerika (16)**



**Afrika (47)**



**Asien/Ozeanien (43)**



# Back-up: Die Liberalisierung der Postmärkte – ein weltweiter Trend?

Status quo der Marktöffnung im Postsektor - Länderbeispiele			
Länder ohne Postmonopol	Länder mit weitgehender Marktöffnung (<100 g)	Länder mit geringer Marktöffnung (100 - 500 g)	Länder mit umfassendem Postmonopol
<b>Argentinien</b> (seit 1993) <b>Estland</b> <sup>*)</sup> <b>Finnland</b> <sup>*)</sup> (seit 1994) <b>Großbritannien</b> <sup>*)</sup> (seit 2006) <b>Neuseeland</b> (seit 1998) <b>Peru</b> <b>Russland</b> <b>Schweden</b> <sup>*)</sup> (seit 1993)	<b>Europäische Union</b> (>50 g, Belgien, Dänemark, Deutschland, Frankreich, Griechenland, Italien, Irland, Lettland, Litauen, Luxemburg, Malta, Niederlande, Österreich, Polen, Portugal Slowakische Republik, Slowenien Spanien, Tschechische Republik, Ungarn, Zypern) <b>Norwegen</b> (>50 g) <b>Schweiz</b> (>100 g)	<b>Australien</b> (>250 g) <b>Indien</b> (>200 g) <b>Israel</b> (4,5-fache Standardtarif) <b>Kanada</b> (>500g) <b>Kenia</b> (>350 g) <b>USA</b> (>ca. 350g, Zustellmonopol) <b>Zimbabwe</b> (>500 g)	<b>Ägypten</b> <b>Brasilien</b> <b>Chile</b> <b>China</b> <b>Hongkong</b> <b>Indonesien</b> <b>Japan</b> <b>Korea</b> <b>Mexiko</b> <b>Singapur</b> <b>Südafrika</b> <b>Türkei</b>
*) EU-Mitgliedstaaten Quelle: UPU (2006a), eigene Recherchen			